Martin Patzelt MdB

Liebe Leserinnen und Leser,
am Sonntag jährt sich zum 25. Mal der Fall der Berliner Mauer, des Stein gewordenen Symbols des Eisernen Vorhanges, der die Welt in Ost und West teilte. Mehr dazu unten auf der Seite. Ich möchte dazu aber eines festhalten: Ich wurde durch das Leben in der DDR auch beschenkt, weil mich die Konfrontation mit dem System herausgefordert hat, mich mit meinem Glauben auseinanderzusetzen. Oft habe ich mich im Nachhinein gefragt, wie ich das Leben in der DDR ausgehalten hätte, wenn ich nicht Christ gewesen wäre. Der Glaube gab mir Hoffnung gegen alle erfahrene Realität.

Verabschiedet haben wir in dieser Woche das Elterngeld Plus. Damit haben wir unser familienpolitisches Erfolgsmodell "Elterngeld" weiterentwickelt und die Kombination von Erwerbstätigkeit und Familienzeit attraktiver gemacht. Eltern haben künftig noch mehr Möglichkeiten, ihre Familien- und Erwerbssituation eigenverantwortlich und frei zu gestalten. Wir bieten Familien einen Gestaltungsrahmen und eine finanzielle Absicherung wie nie zuvor. Die Familienpolitik der CDU/CSU-Fraktion hat dieses Vertrauen in Familien gestärkt und reagiert zugleich auf gesellschaftliche Veränderungen und veränderte Bedürfnisse von Eltern. Wenn es der Wunsch von 60 Prozent der Väter ist, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um mehr Zeit für die Familie zu haben, und wenn Mütter sich mehrheitlich wünschen, früher nach der Geburt des Kindes wieder in den Beruf zurückzukehren, muss Politik handeln.

Viele anregende Gedanken beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr Martin Patzelt

Der Fall der Mauer war wie ein Wunder

Das war eine Ausnahmezeit, die mich wie die meisten Bürger der ehemaligen DDR sehr bewegt hat und bis heute bewegt. Obwohl ich in der Bürgerbewegung engagiert war, kam die Nachricht von der Grenzöffnung in Berlin völlig überraschend. Ich war überzeugt, dass es irgendwann dazu kommen würde. Dass die Mauer dann aber so plötzlich fiel, ohne Schmerz und Tod und Not, das war wie ein Wunder.
Materiell und politisch ist die Einheit vollendet, wenn man bedenkt, dass im Vergleich der alten und neuen Bundesländer Eckdaten und Problemlagen sich annäherten und es hier wie dort ähnliche Probleme und dringenden Investitionsbedarf, andererseits prosperierende Städte und Regionen gibt. Aber in manchen Köpfen und im Fühlen mag der Prozess noch Zeit brauchen.
Nehmen wir einen Indikator: Wir haben eine Kanzlerin und einen Bundespräsidenten ostdeutscher Herkunft. Wer kann da von unterschiedlichen Chancen, fehlender Gleichheit, von bleibender Benachteiligung reden?
Die Einheit ist ein großes Geschenk für das gesamte deutsche Volk. Ostdeutsche wie Westdeutsche sind gleichermaßen Gewinner der Geschichte.
Ich bin schon lange der Meinung, dass wir den Soli in dieser Weise wieder abschaffen sollten. Er behindert mental die Vollendung der Einheit. Durch die Sonderbehandlung der Ostdeutschen wird die deutsche Teilung gewissermaßen fortgeschrieben. Die Mittel könnten künftig als Strukturhilfen für gesamtdeutsche Aufgaben eingesetzt werden, für die Energiewende oder die Integration von Flüchtlingen u. a. gemeinsame Aufgaben.

Nr. 25/18. WP
7. November 2014

Hannoveraner Ehepaar hilft Flüchtlingen aus dem Irak

Foto: Christian Behrens

Anfang des Monats war ich zu Besuch bei Familie Pehlke in Hannover, die sich intensiv um das Wohlergehen und die Integration von neun Irakern bemüht, die in ihren Mehrfamilienhäusern ein neues Heim gefunden haben. Einer der Iraker, ein Koch, hat sogar bereits einen festen Arbeitsplatz gefunden. Alle lernen fleißig Deutsch und werden von Familie Pehlke nach Kräften unterstützt. Dabei haben die Pehlkes bislang nur positive Erfahrungen mit den Behörden gemacht.

Sorge bereitet mir die Tatsache, dass nicht wenige Kommunen wegen fehlender Plätze für Flüchtlinge und Asylbewerber nun zusätzlichen Raum in Gewerbegebieten und damit außerhalb der Zentren schaffen wollen. Alle Wohlfahrtsverbände verweisen unisono auf die schlechten Erfahrungen, die man mit dieser Form der Unterbringung gemacht hat. Sie trägt zur Desintegration und Ausgrenzung bei. Das wiederum verstärkt schon vorhandene Vorurteile. Dabei stehen in vielen Städten – besonders in Ostdeutschland - Wohnungen leer, die genutzt werden könnten. Das würde frisches Leben in sonst eher verkümmernde Innenstädte bringen. Nicht zuletzt würde sich das positiv auf Handel, Gewerbe und Steuereinnahmen auswirken. Profitieren würden somit nicht nur die Aufgenommen, sondern auch die Aufnehmenden.

Seniorenpolitik im Wandel der Zeit

Ende Oktober habe ich als Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an der Fachtagung „25 Jahre Seniorenpolitik“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) in Frankfurt teilgenommen. Dort ging es um die Themen Altersgrenzen sowie um Sorgende Gemeinschaften. Es zeigt sich, dass immer mehr ältere Menschen für sich einen gleitenden Übergang in den Ruhestand wünschen. Auch wollen sich ältere Menschen verstärkt für die Gemeinschaft engagieren. Gleichzeitig wollen sie sich aber auch auf gegenseitige Hilfe verlassen können. Ein Modell für solche sorgenden Gemeinschaften sind die Mehrgenerationenhäuser.

In der Podiumsdiskussion mit der Bundestagsabgeordneten Petra Crone (SPD) und Moderator Karl Michael Griffig, dem stellvertretenden BAGSO-Vorsitzenden.

Zur Zukunft der deutsch israelischen Beziehungen

Auf Einladung des American Jewish Committee (AJC) nahm ich an einem Dialogforum im Eretz Israel Museum in Tel Aviv anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel teil. Ziel des Dialoges war es, Ideen für die gegenwärtige und mehr noch zukünftige gemeinsame Politik Israels und Deutschlands zu diskutieren.

Meine Position bezog sich auf verloren gehende Schuld- und Verantwortungsgefühle in der zweiten und dritten Nachkriegsgeneration gegenüber dem jüdischen Volk. Anders als die von persönlichen Bezügen und Erfahrungen geprägte Kriegs- und Nachkriegsgeneration sehen jüngere Menschen Israel als einen Staat wie andere, zu denen Deutschland gute Beziehungen pflegen möchte. Diese werden beeinträchtigt durch eine Politik, die die Menschenrechte und den Lebensraum der Palästinenser zunehmend einschränkt.

Die deutsche Regierung, Politiker und die Kirchen sind sich des besonderen Verhältnisses und ihrer großen Verantwortung gegenüber Israel sehr bewusst. Doch bleibt die Frage offen, wie sich ein Generationswechsel auf diese bisher festen und verlässlichen Beziehungen auswirken kann.

Gerade weil wir dem israelischen Volk eine sichere Zukunft wünschen, sind wir an umgehenden und nachhaltigen Friedensbemühungen mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn interessiert. Jede mögliche Deeskalation und vertrauensbildende Maßnahmen ist erfolgreicher als die praktizierte Siedlungspolitik und eine offensive Kriegführung.

Deutschland ist bereit, zusammen mit Israel und den Palästinensern an einem „Masterplan“ für eine friedliche Zukunft Israels und der Palästinenser zu arbeiten. Das könnte ein gemeinsames Programm für die nächsten 50 Jahre der besonderen Zusammenarbeit Deutschlands und Israels sein.

von links: israelischer Journalist David Witzhum, Abgeordneter MK Rabbi Dov Lipmann

Martin Patzelt, MdB
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin
Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr, Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt
Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow
Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Jesiden im Irak droht der Genozid

Die menschenrechtliche Situation der religiösen Minderheiten wie der Christen und der Jesiden im Irak verschlechtert sich dramatisch, so die erschütternde Bilanz im Menschenrechtsausschuss in dieser Woche. Von ehemals 1,5 Millionen Christen zählt man heute nur noch etwa 300.000 Menschen, deren Existenz vor Ort nicht mehr sicher ist, sodass diese dauerhaft in den kurdischen Nordirak fliehen oder zum Teil Schutz und Religionsfreiheit im westlichen Europa suchen und bekommen.

In einem persönlichen Ausschussgespräch mit einer Delegation der religiösen Minderheit der Jesiden aus dem Sindschar-Gebirge, die durch die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) als Ungläubige verfolgt und getötet, die Frauen verschleppt, vergewaltigt, versklavt und zwangsverheiratet werden, erhielt ich weitere Einklicke in die bedrohliche Lage. Von den etwa 400.000 bis 500.000 Jesiden, die vom Genozid bedroht sind, trifft es eine Gruppe von etwa 10.000 Zivilisten, die im Sindschar-Gebirge im Nordirak, westlich der Stadt Mosul nahe der syrischen Grenze, von der IS umzingelt und deren Nachschubwege von der Umwelt abgeschnitten sind, momentan am härtesten. Im August 2014 unterstützte die US-Marine die Peschmerga bei der Rettung von 20.000-30.000 Jesiden vor dem IS-Terror mit Luftschlägen. Eine sich gleichzeitig aufbauende, heute ca. 3.000 Mann starke jesidische Bürgerwehr kämpft mit wenigen und veralteten Waffen. Den eingeschlossenen Menschen fehlt es an allem: Bekleidung, Essen und Unterkünfte. Die Menschen können nur noch per Luft versorgt werden. Die IS-Truppen hungern diese Menschen aus. Sofortige humanitäre Hilfe in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Zelten ist daher dringendst angesagt.

(Lesetipp: http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-interview-mit-deutschem-jesiden-anfuehrer-shesho-a-1000439.html).

Patenschaft für vietnamesischen Menschenrechtler Nguyen Huu Vinh

Menschenwürde und Menschenrechte sind international vielfach bedroht und müssen verteidigt werden. Mit dem Programm "Parlamentarier schützen Parlamentarier" (PsP) des Menschenrechtsausschusses sollen auch die Menschenrechtsverteidiger geschützt werden. Ich habe jetzt eine Patenschaft für den in Vietnam in Untersuchungshaft sitzenden vietnamesischen Menschenrechtsverteidiger Nguyen Huu Vinh, dem eine lange Haftstrafe droht, übernommen. Am Dienstag traf ich mich mit seiner Frau LE Thi Minh Ha und dem Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation VETO, die diesen prominenten Einzelfall begleitet, und versprach beiden meine Unterstützung.